

8 Fragestunde

Bgm. Nagl:

Es ist jetzt 12.48 Uhr. Damit beginnt die Fragestunde, das Ende wird dann 13.48 Uhr sein und ich darf Frau Gemeinderätin Tamara Ussner zum Rednerpult bitten.

8.1 Frage 1: Baustellenumleitungen für RadfahrerInnen und FußgängerInnen (GRⁱⁿ Ussner, Grüne an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)

Ussner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und liebe Leute, die beim Livestream zuschauen. Weil Radfahren eines meiner Hauptfokusse ist, kann ich mir da auch einen Kommentar nicht verkneifen, nämlich, lieber Kollege Hohensinner, es ist nicht nur die Schuld von der Elke, ich darf daran erinnern, dass ihr meinen dringlichen Antrag zur Radfahroffensive abgelehnt habt, mit den Stimmen der FPÖ. Das muss man schon auch erwähnen der Vollständigkeit halber für die Leute, die zusehen.

Jetzt zu meiner Frage: Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Um noch schlimmere Auswirkungen als jene, die wir eh bei bereits spüren, noch verhindern zu können, bedarf es grundsätzlicher Veränderungen in vielen Bereichen der Gesellschaft und in vielen Lebensbereichen und eine davon ist einfach die Mobilität.

Es ist schon lange klar, dass Radfahren die günstigste, gesündeste, billigste und klimafreundlichste Variante der Fortbewegung ist, vor allem in urbanen Räumen. Deswegen sollte es eigentlich auch im Sinne aller politisch Verantwortlichen sein, dass alle Leute, die vom Auto auf andere Verkehrsmittel aufs Rad, umsteigen können, das auch machen. Wir wissen auch, dass das Mobilitätsverhalten von Menschen politisch steuerbar ist. Die Autofahrerfans, das ist ja auch für jene Leute, die auf das Auto

angewiesen sind, wenn Leute, die nicht darauf angewiesen sind, umsteigen, weil das bedeutet auch für die Autofahrer und Autofahrerinnen weniger Stau auf der Straße. Je mehr Straßeninfrastruktur und Platz für ein bestimmtes Verkehrsmittel bereitgestellt wird, desto eher nutzen die Leute dann halt natürlich diese Verkehrsform. Es sollte darum gehen, schnell, unkompliziert und sicher mit dem Rad von A nach B zu kommen.

Speziell bei Baustellenumleitungen hat Graz in den letzten Wochen das Gegenteil bewiesen: Während die Autofahrer und Autofahrerinnen meistens weniger oder teils keine Einschränkungen vor der Baustelle gehabt haben, wie z.B. bei der Ecke Fröhlichgasse – Conrad-v.-Hötzendorf-Straße, wo die Ampelregelung für die Autos ausgefallen ist und die Radfahrer und Radfahrerinnen haben absteigen müssen und sind vor einem sehr unübersichtlichen Fußgängerübergang gestanden und da haben wir einige Rückmeldungen bekommen.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Tragisch! Tragisch, psychisch belastend!

Ussner: Herr Lohr, Sie können danach auch gerne etwas sagen, aber das ist echt störend.

Diese Kreuzung war wirklich unübersichtlich und auch teils gefährlich, weil die Autos eben keine Einschränkungen gehabt haben und dann meistens auch Leute gar nicht über den Zebrastreifen drübergehen lassen haben oder stehen geblieben sind.

Genauso wie ich es auch hinten bei dem Ersatzschutzweg beobachtet habe, der jetzt bei der Baustelle bei der Messe ist. Da habe ich eine Situation beobachtet, die wie aus einem schlechten Film sein könnte. Eine Frau mit einem Kinderwagen, die einfach minutenlang nicht den Schutzweg überqueren hat können, weil kein einziges Auto stehengeblieben ist. Das kann ja auch nicht im Sinne einer Stadt sein, die sich selbst als kinderfreundlich sieht.

Deswegen komme ich jetzt zu der

Frage:

Liebe Elke, sehr geehrte Frau Stadträtin, was werden Sie tun, um bei den derzeit laufenden (z.B. Conrad-v.-Hötzendorf-Straße/Fröhlichgasse, Liebenauer Stadion) und auch zukünftigen Baustellen eine möglichst attraktive Lösung für FußgängerInnen und RadfahrerInnen bereitzustellen?

Originaltext der Frage:

Die Klimakrise ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Um die fatalen Auswirkungen abzuwenden, bedarf es grundsätzlicher Veränderungen in vielen Lebens- und Gesellschaftsbereichen, einer davon ist die Mobilität. Es ist schon lange klar, dass Radfahren die günstigste, gesündeste, billigste und klimafreundlichste Form der Fortbewegung in urbanen Räumen darstellt. Deshalb muss es im Sinne aller politisch Verantwortlichen sein, dass all jene Menschen, denen es möglich ist, auf das Fahrrad als Hauptverkehrsmittel umsteigen. Die zusätzliche Lebensqualität die dadurch in urbanen Räumen entsteht, ist ebenfalls von großer Relevanz.

Das Mobilitätsverhalten von Menschen ist politisch steuerbar und bedarf des politischen Willens und der Umstrukturierung von Raum. Je mehr Straßeninfrastruktur für ein bestimmtes Verkehrsmittel bereitgestellt wird, desto eher nutzen Menschen diese Verkehrsform. Um den Radverkehrsanteil weiter zu erhöhen, braucht es also Infrastruktur, die es ermöglicht, schnell, unkompliziert und sicher mit dem Rad von A nach B zu kommen.

Speziell bei Baustellenumleitungen hat Graz in den letzten Wochen das Gegenteil bewiesen: Während die Autofahrbahnen teils ohne bzw. mit wenig Einschränkungen ausgekommen sind, mussten RadfahrerInnen massive Einschränkungen in Kauf nehmen. So hatte der Autoverkehr bei der Kreuzung Fröhlichgasse/Conrad-v.-Hötzendorf-Straße gar keine Ampelregelung mehr, während RadfahrerInnen

absteigen mussten. Bei der Baustelle gegenüber dem Liebenauer Stadion müssen FußgängerInnen einen Umweg von mehreren hundert Metern in Kauf nehmen, während Autos weiterhin auf mehreren Spuren pro Richtung freie Fahrt haben.

Mit so einer Verkehrspolitik zwingt man die Menschen geradezu ins Auto, was angesichts der massiven Herausforderungen für eine Verkehrswende völlig verantwortungslos ist.

In diesem Sinne stelle ich an Sie folgende

Frage:

Was werden Sie tun, um bei den derzeit laufenden (z.B. Conrad-v.-Hötzendorf-Straße/Fröhlichgasse, Liebenauer Stadion) und auch zukünftigen Baustellen eine möglichst attraktive Lösung für FußgängerInnen und RadfahrerInnen bereitzustellen?

StRⁱⁿ Kahr:

Ich erlaube mir nur auch, weil das vorhin zwei Sidesteps waren, zum Kollegen Hohensinner noch vorher, ich habe da nicht mehr antworten dürfen, 1993 habe ich einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, da hat die Stadt Graz nur zwei städtische Krabbelstuben gehabt und da haben wir eindringlichst gefordert, dass wir mehr brauchen. Das ist noch 10 Jahre danach von eurer Fraktion abgelehnt worden. Das wollte ich nur anmerken.

Nun zu deiner Frage, liebe Tamara. Die derzeitigen umfangreichen Bauarbeiten in der Conrad-v.-Hötzendorf-Straße, von der Fröhlichgasse bis zum Stadion Liebenau erfordern einen sehr, sehr großen Platzbedarf für Baufahrzeuge, Materiallagerungen sowie für die Aufrechterhaltung des Verkehrs in eine der wichtigsten Einfahrtsstraßen in das Grazer Stadtgebiet, nämlich dort beim Stadion Liebenau. Wie bei allen größeren Bauprojekten auf Verkehrswegen in unserer Stadt ist vom Bauherren ein

Verkehrsführungskonzept für alle Verkehrsteilnehmergruppen vorzulegen. Dieses wird dann natürlich bescheidmäßig der jeweiligen Baufirma vorgeschrieben. Oberste Priorität ist im Straßenverkehr dabei immer die Sicherheit. Aus diesem Grund kommt es daher auch zu Umleitungen für Verkehrsteilnehmergruppen, im konkreten Fall natürlich auch für FußgängerInnen und für RadfahrerInnen. Leider müssen sie in dieser Zeit Umwege in Kauf nehmen. Das Ziel ist aber, genau diese Gruppen eben auch zu schützen und deshalb gibt es diese vorgeschriebenen Umleitungen. Die Fahrspuren für den motorisierten Individualverkehr sind in diesem Bereich bereits auf das unbedingt notwendige Ausmaß reduziert worden, um überhaupt den Baustellenbereich derzeit so abwickeln zu können. Das Straßenamt ist mit seinen MitarbeiterInnen immer bemüht, den Verkehr aufrechtzuerhalten und diesen verkehrssicher zu gestalten. Leider, und da hast du Recht, ist es in dem konkreten Fall so, dass die Baufirma, und das ist nicht nur hier, sondern das kommt auch immer wieder vor, die vorgeschriebenen Auflagen, die das Amt ja vorschreibt und die sie auch einhalten müssten, eben nicht einhält bzw. sich an vereinbarte Ablaufpläne nicht halten. Es finden zwar immer regelmäßig Kontrollen der Einhaltung dieser vorgeschriebenen Maßnahmen statt, jedoch ist es den Kolleginnen vom Straßenamt bei derzeit knapp 500 offenen Baustellen mit nur fünf KollegInnen nicht immer lückenlos möglich, diese alle zu kontrollieren. Im konkreten Fall ist aber die Behörde bereits dran, um beim Projektverantwortlichen schnellstmögliche Nachjustierung hier einzufordern, und nicht nur einzufordern, sondern diese auch umzusetzen.

GRⁱⁿ Ussner:

Danke zuerst einmal, das ist zumindest erfreulich, dass sich da hoffentlich etwas tun wird. Der Abschnitt in der Conrad v. Hötzendorf Straße von der Jauerburggasse bis zur Flurgasse, den habe ich mir jetzt auch angeschaut heute noch und das ist auch wirklich, der ist nicht einmal barrierefrei. Man muss vor dem ÖAMTC über die Stufen drüber gehen. Da ist es halt so, ich habe eine ältere Dame beobachtet und der aufgerissene Asphalt ist auch dermaßen uneben, dass die sich wirklich schwergetan hat, da zu

gehen. Abgesehen davon, dass Radfahrerinnen und Radfahrer sowieso wieder absteigen müssen und mehrere hundert Meter lang, ich glaube 150 oder 200 Meter lang, schieben müssen. Bist du bereit, dir das da auch anzuschauen, um vielleicht eine Verbesserung für die Fußgängerinnen und Fußgänger und vor allem auch eine Barrierefreiheit herzustellen an dieser Stelle?

Kahr:

Ich kenne diese Stelle, weil ich sie mir gestern auch angeschaut habe. Die Kollegen vom Straßenamt werden die Firma auch ersuchen, diesen Abschnitt auch barrierefrei wieder zu gestalten. Im Übrigen, nochmals, das ist vom Straßenamt auch so vorgeschrieben ganz eindeutig, gerade auch die barrierefreie Ermöglichung, Streckenabschnitte zu begehen oder zu befahren.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (12.55 Uhr).

8.2 Frage 2: Umsetzung der Menschenrechte (GRⁱⁿ Robosch, SPÖ an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)

Robosch:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder des Stadtsenates, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream, vor allem sehr geehrter Herr Bürgermeister. „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ So lautet der Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die Menschenrechte formulieren den Rechtsanspruch aber auch das ultimative Ziel der absoluten Gleichstellung aller. Ein Recht auf ein Leben in Frieden, frei von Diskriminierung. Seit 2001 hat die Stadt Graz mit einem einstimmigen Beschluss diesen Menschenrechten auch mehr Vorrang in der Stadt Graz gegeben und wir wurden Menschenrechtsstadt. Aber auch 2020 ist neben allen

anderen Herausforderungen auch ein Jahr, wo niemand mehr die Diskriminierungen aufgrund von Hautfarbe, aufgrund von Geschlecht, aber auch die Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung negieren darf. Wir als Stadt Graz, vor allem als Stadt der Menschenrechte, haben hier die Verantwortung, als Vorbild und vor allem auch als Kämpferin für diese Menschenrechte einzutreten. Aber wir sehen, dass wir in Graz nicht quasi alles schon erreicht haben. Deswegen stelle ich in Ihrer Zuständigkeit für Frieden und Entwicklung und als zuständiger Stadtsenatsreferent für den Menschenrechtsbeirat an Sie die

Frage:

Wie sehen Sie den Kampf für das Ziel der Gleichstellung aller Lebens- und Liebensformen, insbesondere jener homosexuellen, bisexuellen, transidenten und intergeschlechtlichen Menschen in Graz und in der Stadt Graz?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“, lautet Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Die Menschenrechte formulieren den Rechtsanspruch und gleichermaßen das ultimative Ziel der absoluten Gleichstellung aller Menschen unabhängig von jeglicher Diskriminierung. Ein Recht auf ein Leben in Frieden, frei von Diskriminierung.

In Ihrer Zuständigkeit für Frieden und Entwicklung und als zuständiger Stadtsenatsreferent für den Menschenrechtsbeirat stelle ich daher die

Frage:

Wie sehen Sie den Kampf für das Ziel der Gleichstellung aller Lebens- und Lebensformen, insbesondere jener homosexuellen, bisexuellen, transidenten und intergeschlechtlichen Menschen in Graz und in der Stadt Graz?

Bgm. Mag. **Nagl**:

Vielen Dank, Frau Gemeinderätin, für diese Frage. Ich war ja mit dabei damals, auch in meiner Funktion als frisch gebackener Parteiobmann der Grazer Volkspartei, als Alfred Stingl uns im Jahr 2000 eingeladen hat, nämlich alle Fraktionen, darüber nachzudenken, ob wir nicht den Mut haben, als erste europäische Menschenrechtsstadt nach innen und nach außen aufzutreten und zu wirken. Zwei Jahrzehnte sind schon fast ins Land gezogen und in diesen zwei Jahrzehnten ist viel passiert. Vorweg danke ich herzlich dafür, dass die Wertschätzung der Gemeinderätin für das Amt des Bürgermeisters im Allgemeinen, aber auch für mich persönlich im Besonderen, inzwischen sichtlich so groß geworden ist, dass ich in unserer Stadt auch schon in Liebesangelegenheiten eine gefragte Auskunftsperson bin. Aber um nicht missverstanden zu werden, das ist natürlich ein Thema, das eine ernsthafte Antwort verdient. Gerade Graz als älteste europäische Menschenrechtsstadt hat hier eine besondere Verantwortung. Ich erinnere an dieser Stelle auch daran, dass diese Selbstverpflichtung Menschenrechtsstadt kein „nice to have“ ist, und schon gar kein Alibimascherl, sondern eine ständige Aufgabe, der wir uns auch stellen. Wie Sie wissen, wurde das Wirken der Menschenrechtsstadt Graz erst vor kurzem auch von der UNESCO durch die Errichtung des weltweit zweiten Trainingszentrums für Menschenrechte in unserer Stadt besonders gewürdigt und wir können stolz darauf sein, wenn alle Nationen dieser Erde in Paris den Beschluss fassen, dass Graz aufgrund seiner Vorbildwirkung und der Maßnahmen, die wir immer wieder ergreifen, an der Spitze der Welt steht. Zu Ihrer konkreten Frage eine zweigeteilte Antwort: Erstens, ein breiteres Bewusstsein in unserer Gesellschaft für LGBT, also Lesbian, Gay, Bisexuell and Transgender und deren Anliegen ist aktuell auch hierzulande im Wachsen und das ist auch gut und richtig so. Die Teilhabe aller Menschen ungeachtet ihrer sexuellen

Orientierung und ihres geschlechtlichen Selbstverständnisses in allen Lebensbereichen muss selbstverständlich sein und, wo es das noch nicht ist, selbstverständlich werden. Die einschlägigen Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes, die beispielsweise die Möglichkeit einer selbstbestimmten Festlegung der persönlichen Geschlechtsidentität einräumen, muss daher auch für unsere Stadt Graz gelten. Wenn wir uns hoffentlich darin einig sind, dass unsere Sprache Abbild unseres Denkens und unserer Wirklichkeit ist, dann gibt es in unserer Gesellschaft hier sicherlich noch Handlungsbedarf.

Manchen wird das alles zu lange dauern und manchen wird es viel zu schnell gehen. Doch der Weg ist vorgezeichnet. Jede Form von sprachlicher, gesellschaftlicher, politischer, insbesondere auch an der sexuellen Orientierung anschließender Diskriminierung ist abzulehnen.

Zweitens zur konkreten Situation in Graz. Im internationalen Vergleich spielt diese Frage im Sample der Diskriminierungsfälle eine statistisch eher geringe Rolle. Laut Auskunft der Antidiskriminierungsstelle des Landes Steiermark, die wir ja auch gemeinsam geschaffen haben, damalige Landesrätin Bettina Vollath, zuständig für Integrationsfragen, und ich, haben ja den Antrag auf eine solche Antidiskriminierungsstelle nicht nur gestellt, sondern seitdem fördern wir sie auch, betreffen nur rund 5 % aller dort eingehenden Beschwerdefälle die sexuelle Orientierung. Die Antidiskriminierungsstelle bringt auch im Rahmen ihrer Aktion „BanHate“ alle dahingehenden Diskriminierungen im Virtuellen Raum zur Anzeige und bereits 2017 hat der Antidiskriminierungsbericht Homophobie als Schwerpunkt gehabt. Seitens der Gleichbehandlungsbeauftragten der Stadt Graz, auch das habe ich abgefragt, gab es im Magistrat bis dato nur einen einzig dahingehenden Beschwerdefall, der aber auch im Sinne der betroffenen Person gelöst werden konnte. Die Option des dritten Geschlechts in Formularen der Stadt Graz ist in Umsetzung, wobei, so die Meinung der Gleichbehandlungsbeauftragten, es auch weiterhin möglich sein muss, eine allfällige Auswertung nach Geschlecht durchführen zu können. Wie sie sicherlich bemerkt haben, wurde bei der letzten internen Befragung zu Home-Office und Corona die Option eines dritten Geschlechts bereits berücksichtigt. Auch der Leitfaden auf „Graz Verständlich“ trägt dieser Entwicklung Rechnung (*Appl.*).

Robosch:

Bezüglich der Diskriminierungsstelle ist vor allem auch zu sagen, dass es bis heute keinen vollen Diskriminierungsschutz für LGBDQI-Personen gibt. Weil es ist immer noch rechtlich möglich, LGBDQI-Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung z.B. aus Bars, Lokalen, Taxis zu werfen. Es ist immer noch möglich, an solche Personen keine Wohnung zu vermieten, also ist demzufolge auch klar, dass solche Dinge nicht zur Anzeige gebracht werden können. Aber aufgrund der auch menschenrechtsstadtwürdigen Sichtbarkeit stelle ich noch einmal die Frage, was passiert in der Stadt Graz, weil es gibt seit Jahren Initiativen, die ein sichtbares Zeichen für eine bunte Stadt, für eine Regenbogenstadt fordern. Es gibt seit Jahren Bemühungen, Straßenbahnen mit Regenbogenflaggen auszustatten, es gibt seit Jahren Bemühungen, auf Bezirksämtern Regenbogenflaggen aufzuhängen. Es gibt einstimmige Beschlüsse, dieses z.B. in Gries zu machen und es wird immer von politischer Seite verhindert. Allen voran jetzt im Bright-Monat, wo es darum ging, die Straßenbahnen mit Regenbogenflaggen auszustatten, gab es wieder eine Absage von der Politik. Deswegen frage ich Sie noch einmal: Wann bekennen Sie endlich Farbe und wann wird endlich ein sichtbares Zeichen der Menschenrechtsstadt für die LGBDQI-Community gesetzt?

Nagl:

Ich glaube, ich habe hier eingangs schon klar feststellen können, wie gut wir unterwegs sind, dass selbst von uns Einrichtungen, die sich das Thema in Graz anschauen, uns ein gutes Zeugnis ausstellen. Es wird immer wieder Fälle und Übergriffe geben und ich freue mich, dass alle fast ausnahmslos zur Anzeige gebracht werden oder zumindest auch, falls es in Graz sein sollte, auch einmal der Versuch einer internen Regelung versucht wird. Wichtig ist, und das, glaube ich, gehört jetzt gesagt, weil dieses Thema immer wieder aufpoppt, wo hängen wir welche Fahne hin? Es gibt in der Stadt Graz, so denke ich, eine ganz, ganz wichtige Feststellung: Gleichstellung heißt nicht Bevorzugung. Gleiches Geld soll für alle gleich gelten (*Appl.*). Ich möchte Ihnen sagen,

dass wir gerade daran arbeiten, weil es jede Woche eine Fülle von Anfragen gibt, wieder klar zu machen, dass die Beflaggung der Stadt Graz ausschließlich für unsere kirchlichen und staatlichen Feiertage da ist. Dass ich der erste Bürgermeister war, der einen Empfang für die Rosa-Lila-PantherInnen in Graz gegeben hat. Das ich der erste Bürgermeister war, der in Graz auch Empfänge gegeben hat für Menschen im Transgender-Bereich und ich möchte auch ausführlich noch einmal hier anmerken, dass ein besonderes Symbol von mir, von uns allen, nämlich unser Uhrturm, in allen Farben auch künftig beleuchtbar ist, auch das haben wir der Community angeboten. Das heißt, es wird auch im Bereich des Christopher Street Day zur Beleuchtung unseres Wahrzeichens in allen Farben kommen. Das Thema der Beflaggung, und da möchte ich auch gar keine Ausnahmen mehr machen, das soll unseren kirchlichen und staatlichen Feiertagen oder unseren Staatsgästen vorbehalten sein. Es ist auch ein großer Wunsch, vor allem auch die Fahnenmasten in der Herrengasse nicht ununterbrochen mit irgendwelchen Veranstaltungen mit Flaggen und Fahnen zu behängen, weil ja unsere schöne Altstadt zum Teil schon das ganze Jahr schon gar nicht mehr fotografiert werden kann oder gesehen werden kann und wir denken gerade auch an eine Regelung im Präsidialamt nach, ob wir unter Umständen die Flaggen im Herbersteingarten für städtische Großveranstaltungen, sei das dann Styriarte, LaStrada, steirischer herbst etc. noch zur Verfügung stellen, aber es geht hier nicht um eine Benachteiligung von irgendjemandem, sondern das ist eine generelle Anordnung und es soll niemand daraus falsche Schlüsse ziehen (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.10 Uhr).

**8.3 Frage 3: Temporäre Ausweitung des kostenlosen Nahverkehrs zur Belebung der Grazer Wirtschaft
(GRⁱⁿ Reininghaus, Neos an StR. Dr. Riegler, ÖVP)**

Reininghaus:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrte Gemeinderäte, Gemeinderätinnen. Es ist mittlerweile allen klar, ich sage da gar nichts Neues, dass die heimische Wirtschaft von der Corona-Pandemie so hart getroffen wurde, dass viele Grazer Betriebe vor dem wirtschaftlichen Ruin stehen und die wirtschaftlichen Schäden im Moment noch gar nicht abschätzbar sind.

Es ist aber auch allen Grazern klar, dass diese Entwicklung nicht ganz neu ist, weil Geschäftsleute bereits seit einigen Jahren über Umsatzrückgänge in der Grazer Innenstadt, aber auch in sogenannten B-Lagen, klagen. Ich bin draußen sehr viel unterwegs, ich führe sehr viele Gespräche mit Unternehmern und Unternehmerinnen und ich höre diese Klagen immer wieder. Wir alle hier überlegen uns krampfhaft und wirklich angestrengt, wie wir dieser bedenklichen Entwicklung begegnen können. Die Stadt Graz tut auch sehr viel für Unternehmer und Unternehmerinnen, aber ich denke, es sind Maßnahmen jetzt gefragt, die vielleicht jetzt noch ein Stück weit über Hilfe und einen guten Willen hinausgehen.

Ein Lösungsansatz könnte daher sein, für die Wirtschaftstreibenden in ganz Graz den öffentlichen Nahverkehr zumindest an vier Samstagen pro Monat gratis anzubieten, um die innerstädtische Kundenfrequenz anzukurbeln.

Auf Gratis-Öffis setzt die Stadt Graz bzw. die Holding Graz ja ohnehin seit vielen Jahren erfolgreich im Advent, in der Weihnachtszeit.

Es ist mir auch bewusst, dass die Stadt sparsam agieren muss und dass diese Initiative zusätzlich eine Belastung im Stadtbudget darstellen wird, weshalb die Maßnahme auch nur als temporäre Maßnahme, also maximal vom Juli bis zum Ende des Jahres, gedacht ist. Die Wirtschaft braucht, so denke ich, gerade jetzt jede Unterstützung.

Daher meine

an den Herrn Stadtrat Dr. Riegler:

Sehen Sie kostenlose Öffis zumindest bis Ende dieses Jahres, jeweils an Samstagen, als zielführende Maßnahme an, um den wirtschaftlichen Abschwung in Graz zu bekämpfen und darüber hinaus einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten? Danke.

Originaltext der Frage:

Es ist mittlerweile allen klar, dass die heimische Wirtschaft von der Corona-Pandemie so hart getroffen wurde, dass viele Grazer Betriebe vor dem wirtschaftlichen Ruin stehen und die wirtschaftlichen Schäden derzeit noch gar nicht abschätzbar sind.

Allen ist aber auch klar, dass diese Entwicklung nicht neu ist, weil bereits seit vielen Jahren ein Trend wirtschaftlichen Abschwungs in Graz vonstatten geht. Davon zeugen viele Leerstände in Top- und B-Lagen.

Nun, wie ist dieser bedenklichen Entwicklung zu begegnen?

Ein Lösungsansatz für die Wirtschaftstreibenden in ganz Graz könnte es sein, den öffentlichen Nahverkehr zumindest an Samstagen gratis anzubieten, um die städtische Kundenfrequenz anzukurbeln.

Auf Gratis-Öffis setzt die Stadt und Holding Graz ja auch bereits seit vielen Jahren erfolgreich an den Weihnachtssamstagen.

Natürlich muss die Stadt sparsam agieren und diese Initiative würde eine zusätzliche Belastung im Stadtbudget darstellen. Daher sollte die Maßnahme auch nur temporär, also bis zum Ende des Jahres, eingesetzt werden. Diese Investition ist jedoch kein Vergleich mit den wirtschaftlichen Konsequenzen, wenn dem Geschäftsterben kein Einhalt geboten wird.

Die Wirtschaft braucht jetzt und in den kommenden Monaten jede Unterstützung.

Sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Riegler,

sehen Sie kostenlose Öffis zumindest bis Ende dieses Jahres, jeweils an Samstagen, als zielführende Maßnahme an, um den wirtschaftlichen Abschwung in Graz zu bekämpfen und darüber hinaus einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten?

StR. Dr. Riegler:

Danke, Frau Reininghaus für die Frage, das ist nämlich eine gute Gelegenheit, um kurz noch einmal auch zu erklären bei dieser Gelegenheit, wie das öffentliche Verkehrs-, Tarifwesen insgesamt organisiert ist. Wir sind nämlich als Grazer und Grazerinnen nicht allein auf der Welt, sondern sind Teil des Steiermärkischen Verkehrsverbundes. Das heißt, wir haben ein fein ziseliertes Tarifsysteem von Zonen, und die Zone 1, die Zone 101 ist die Zone Graz. In diesen Zonen in der Steiermark im Verkehrsverbund gibt es eben ein Tarifsysteem, aus dem man einseitig nicht so einfach herauskommt. Die Tarife in den Zonen des Steirischen Verkehrsverbundes werden durch Beschlüsse, und zwar durch einstimmig zu fassende Beschlüsse, gefasst und daher sind wir Teil eines Gesamtsystems. Das schicke ich deswegen voraus, weil viele das vielleicht nicht wissen, dass wir, wenn wir in Graz einen zusätzlichen Weihnachtseinkaufsamstag organisieren, bei dem eben die öffentlichen Verkehrsmittel in der Zone 101 gratis sein sollen, wir das dann dem Verkehrsverbund bezahlen müssen. Das heißt, wir können dieses Modell, das ich gerade skizziert habe, übersteuern, aber wir müssen dafür zahlen. Wie Sie wissen, haben wir das bisher an den fünf Wochenenden vor Weihnachten getan. Das heißt, auch schon das letzte Novemberwochenende, der Samstag vor dem ersten Advent ist sozusagen schon freigeschaltet und freibezahlt. Würden wir das aber für ein ganzes halbes Jahr an jedem Samstag machen, würde das nach Schätzungen unserer Mitarbeiter in der Holding Graz und gemäß dem Verkehrsverbund ungefähr 1,2 Mio. Euro an zusätzlicher Belastung bewirken, die, wie gesagt, wir in den Verkehrsverbund einzahlen müssen, weil wir eben davon hier nicht gemeinsam das geregelt haben. Ich schicke das voraus, damit die Menschen, die draußen zuhören, im Internet, eben auch wissen, dass wir insgesamt Teil eines Gesamtsystems sind. Wenn man jetzt die Frage stellt, oder die Frage, die in Ihrer Frage dahinter steckt, ist ja jene, ob sozusagen der Innenstadthandel zusätzlich durch gratis öffentlichen Verkehr angekurbelt werden könnte, dann möchte ich doch darauf hinweisen, dass wir schon seit vielen Jahren, und der Herr Vizebürgermeister war ja der Erfinder dessen, die so genannte Altstadtbusse haben. Das heißt, Sie können vom Kaiser-Josef-Platz bis zum Südtiroler Platz und bis zum Schloßbergplatz bzw. auch bis

zum Finanzamt ohnehin gratis durch die Innenstadt fahren. Das heißt, die Menschen haben die Möglichkeit, in die Innenstadt zu kommen ohne zusätzliche finanzielle Belastung und können einkaufen gehen. Ob man jetzt darüber hinaus sich noch eine weitere Ankurbelung des Innenstadthandels erwarten kann, wenn man jetzt auch noch ein halbes Jahr lang die Samstage zusätzlich befreien würde, ist eine Handelsforschungsfrage, die ich so in der Schnelle nicht beantworten möchte, da bin ich kein Freund von Schnellschüssen. Wir können uns das natürlich gerne anschauen. Allgemein bin ich aber eher ein Anhänger dessen, dass man auch etwas bezahlen soll und dass man gewissermaßen nicht öffentliche Leistung überhaupt gratis anbieten möge. Ich möchte noch eine letzte Bemerkung hinzufügen und damit auch abschließend begründen, warum ich da eher dieses Ansinnen abschlägig beurteilen würde, nämlich wir hätten auch noch eine zusätzliche negative Rückkoppelung zu den Dauerkartenbesitzern. Denn wenn jemand eine Dauerkarte kauft, dann wird natürlich der Wert dieser Dauerkarte zunehmend entwertet, wenn ich immer weitere Tage und wochenlang oder monatelang Tage dazunehmen würde zu den gratis öffentlichen Verkehrsmitteln. Insgesamt also danke für den Vorschlag. Wir werden uns das sicher auch einmal anschauen, mit Handelsforschern besprechen, ob das eine zusätzliche Maßnahme sein könnte. Persönlich glaube ich, dass wir derzeit auch schon mit dem Angebot an öffentlichem Verkehr gut bedient sind.

Reininghaus:

Vielleicht kann der Herr Dr. Riegler auch prüfen lassen, ob es nicht teurer käme, wenn wir die Geschäfte weiter sterben lassen, als wenn wir hier die Straßenbahnkosten übernehmen. Auf Sicht gesehen für die Stadt, glaube ich, hat es eine schlechte Auswirkung, wenn wir hier nichts tun und im Grunde, wir sind nicht in üblichen, normalen Zeiten. Wir haben Corona hinter uns und ich denke, das erfordert auch enorme oder andere Maßnahmen, die wir bis jetzt verwendet haben oder eingesetzt haben. Jetzt braucht es die Wirtschaft, würde ich sagen. Vielen Dank.

**8.4 Frage 4: Millionen vom Bund für ÖV und Radwege
(GR Haberler, ÖVP an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

Haberler:

Geschätzte Kollegen und werte Zuhörer. Wenn wir schon bei den besonderen Maßnahmen sind, da sind ja im Bund einige aufgefahren und werden auch umgesetzt und da geht es auch um die Millionen, die angekündigt wurden für den ÖV und für den Radwegeverkehr. Deswegen stelle ich an dich, geschätzte Frau Stadträtin Kahr, die Frage:

Die Bundesregierung mit Ministerin Leonore Gewessler und Minister Gernot Blüml hat vor einigen Wochen ein Investitionspaket in der Höhe von 300 Millionen Euro für den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs sowie vor zwei Wochen ein Rad-Paket, das dem Ausbau des Radwegenetzes dient, präsentiert.

Wie den Medien zu entnehmen war, sollen die Mittel für den ÖV vor allem in Regionalbahnstrecken, in die Elektrifizierung von Bahnstrecken sowie in die Modernisierung von Bahnhöfen fließen; die Rad-Millionen sollen in den Ausbau der Radwegeinfrastruktur, in neue Dienstfahräder sowie in Kampagnen investiert werden.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, folgende

Frage:

Was gedenken Sie in Ihrer Funktion als Verkehrsstadträtin zu unternehmen, damit auch die Stadt Graz in den Genuss von Fördermillionen für den Öffentlichen Verkehr und den Radwegeausbau kommt?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr!

Die Bundesregierung mit Ministerin Leonore Gewessler und Minister Gernot Blüml hat vor einigen Wochen ein Investitionspaket in der Höhe von 300 Millionen Euro für den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs sowie vor zwei Wochen ein Rad-Paket, das dem Ausbau des Radwegenetzes dient, präsentiert.

Wie den Medien zu entnehmen war, sollen die Mittel für den ÖV vor allem in Regionalbahnstrecken, in die Elektrifizierung von Bahnstrecken sowie in die Modernisierung von Bahnhöfen fließen; die Rad-Millionen sollen in den Ausbau der Radwegeinfrastruktur, in neue Dienstfahräder sowie in Kampagnen investiert werden.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, folgende

Frage:

„Was gedenken Sie in Ihrer Funktion als Verkehrsstadträtin zu unternehmen, damit auch die Stadt Graz in den Genuss von Fördermillionen für den Öffentlichen Verkehr und den Radwegeausbau kommt?“

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Haberler, besten Dank für Ihre Anfrage. Ganz richtig werden wir die Unterstützung von Bund brauchen für unsere großen Vorhaben in unserer Stadt Graz, sei es mit dem öffentlichen Verkehr, ob das unsere GKB-Unterführungen sind, oder auch im Radnetzausbau. Ich habe deshalb auch Anfang des Jahres zwei Briefe hintereinander an die Frau Bundesministerin Gewessler geschrieben. Einerseits, um ihr zu gratulieren für ihre neue Aufgabe, aber natürlich auch mit dem Ersuchen und der Bitte, so bald wie möglich zu einem Treffen nach Graz zu kommen, um gemeinsam mit der Stadt Graz unsere Vorhaben präsentieren zu dürfen und vor allem auch um die finanzielle Unterstützung. Das hat auch

stattgefunden, wie Sie wissen, letzte Woche gemeinsam mit Herrn Bürgermeister und mit meiner Stadtratskollegin Judith Schwentner. Dort haben wir gemeinsam berichtet, welche Herausforderungen wir in der Stadt Graz haben und auch angehen möchten und auch ein umfangreiches, ein wirklich sehr umfangreiches Dokument mit auf den Weg gegeben und ein Großteil dieser Forderungen und dieses Katalogs, den wir hier übergeben haben, ist natürlich naturgemäß aus dem Verkehrsplanungsamt. Unter anderem wurden hier die drei Straßenbahnprojekte, die ja im Laufen sind, eine Drittelfinanzierung wurde besprochen, auch Zukunftsprojekte wie der Nahverkehrsknoten Gösting, oder wie schon angesprochen, die ganz wichtig und dringend notwendigen aber sehr kostenintensiven Unterführungen der GKB. Selbstverständlich auch beim Radverkehr sind wir mit den Abteilungen und dem bundesweiten Radverkehrskoordinator hier in Kontakt, um auch hier die in Aussicht gestellten Fördermittel und Infrastrukturförderungen für den Fahrradverkehr im Rahmen des Klimaaktivprogrammes natürlich für unsere Stadt Graz bestmöglich hier auch zu nutzen.

GR. Haberler:

Frau Stadträtin, wie Sie wissen, ist die ÖVP eine verbindende Partei. Nicht nur zwischenmenschlich, sondern auch zwischen einzelnen Bezirken und auch trennende Gebiete sehen wir immer sehr gerne verbunden. Sprich, weil die GKB gefallen ist, da ist die Idee geboren worden, dass man die GKB Linie auf minus 1 legt und im Zuge dessen bei der Elektrifizierung und der Regionalbahnstrecken, was genau darauf zutrifft, wie stehen Sie dazu, dass man sagt, dass man sich darauf konzentriert, dass die GKB-Linie nicht Unterführungen kommen, sondern dass die tiefergelegt wird und man eventuell oben einen Radweg macht und dass das Ganze im Westen von Graz, der durch die Bahn getrennt ist, verbunden wird miteinander, weil das natürlich eine extreme Lebensqualität ist, das kann man im Zuge dessen ja auch ansprechen und forcieren. Wie stehen Sie dazu?

Kahr:

Selbstverständlich, das haben wir im Verkehrsausschuss ja schon einmal erörtert, wo dringender Handlungsbedarf, das ist ja in Zusammenarbeit mit dem Land Steiermark und es gibt ein ganz genaues Ausbauprogramm, wo an welchen Querungen, Eisenbahnquerungen, wir hier welche Maßnahme setzen würden. Das Ganze ist letztendlich immer eine Kostenfrage, natürlich wäre es großartig, wenn wir das alles tieferliegend machen könnten durch die Bahnunterführungen, die Frage ist, ob das kostenmäßig auch immer geht. Aber da gibt es ein ganz klares Prozedere und wenn da Bedarf ist, können wir ja gerne noch einmal auch im Verkehrsausschuss informieren darüber. Es geht letztendlich darum, in einer Periode mehrere Querungsverbesserungen zu erreichen. Sei es mit Unterführungen oder sei es hier auch mit anderen Maßnahmen und das müssen wir einfach angehen, weil da sind wir Jahrzehnte eigentlich im Rückstau und eigentlich hat es erst diesen schrecklichen Unfall in der Grottenhofstraße gebraucht, damit hier ein bisschen Bewegung hineingekommen ist.

**8.5 Frage 5: Partymeilen Karmeliterplatz und Lendplatz
(GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ Braunersreuther, KPÖ an Bgm.-Stv. Eustacchio, FPÖ)**

Braunersreuther:

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte ZuseherInnen zu Hause und nicht zuletzt, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, an den ich die Frage stelle, Herr Eustacchio.

Sie haben das vermutlich auch mitbekommen, dass am 21. Mai der Herr Bürgermeister in einer Presseaussendung gesagt hat, viele Veranstaltungen nutzen die Altstadt samt Handel und Gastronomie zwar als Kulisse, verstellen sie aber mit Bühnen und Barrieren und bringen wenig – außer Lärm, Behinderungen und aufwendige Auf- und Abbauarbeiten. Wir haben heute jetzt noch einmal gehört bei der Ablehnung der

Beflaggungen, die seltsamerweise eben jetzt mit dem CSD beginnt, dass der Herr Bürgermeister nicht will, dass die Altstadt nur Kulisse für Werbung ist oder für Veranstaltungen. Deswegen hat uns sehr überrascht diese Ankündigung, als Maßnahme für die von Corona sehr geschädigten Nachtgastronomen eine Partymeile einzurichten. Diese Partymeile soll, soweit den Medien zu entnehmen war, fast täglich, Ausnahme ist, so glaube ich, nur Montag, stattfinden am Karmeliterplatz und auch am Lendplatz. Das hat für einen sehr großen Aufschrei bei der Bevölkerung geführt, die natürlich befürchten, dass es dadurch zu Beeinträchtigungen durch Lärm usw. kommt. Also es ist auch angekündigt, dass die bis zum geplanten Aufsteirern verlängert werden soll, bis zum 20. September. Da möchte ich daran erinnern, da ist dann schon die erste Schulwoche, die ja normal starten soll. Die Kinder, die um die Plätze wohnen, die können dann frühestens um 10 oder um 11 ins Bett gehen, weil sie vorher vermutlich nicht schlafen können. Müssen aber trotzdem am nächsten Tag aufstehen und sollen ja fit sein und alles nachholen, was sie jetzt verpasst haben. Außerdem gibt es ja nicht ohne Grund Veranstaltungsrichtlinien in der Stadt, die so etwas eigentlich nicht ermöglichen. Deswegen an Sie die

Frage:

Wie verträgt sich die angedachte Partymeile mit den Veranstaltungsrichtlinien der Stadt Graz?

Originaltext der Frage:

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter,
am 21. Mai hat Bürgermeister Siegfried Nagl in einer Presseaussendung gesagt: „Viele Veranstaltungen nutzen die Altstadt samt Handel und Gastronomie zwar als Kulisse, verstellen sie aber mit Bühnen und Barrieren und bringen wenig – außer Lärm, Behinderungen und aufwendige Auf- und Abbauarbeiten.“ Tatsächlich sind die Innere Stadt und auch das „neue Zentrum“ um den Lendplatz unzähligen Events und*

Veranstaltungen ausgesetzt. Nun droht den BewohnerInnen ein nächster Anschlag auf die ohnehin nur äußerst spärlichen Ruhezeiten. ÖVP und FPÖ wollen den Karmeliterplatz sieben Tage in der Woche, jeweils von 14.00 bis 23.00 Uhr, zur Partymeile machen. Um den von den Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie besonders betroffenen Nacht-Gastronomen zu helfen, sollen Karmeliterplatz und Lendplatz für drei Monate in eine Partymeile verwandelt werden, in die die lokale Gastronomie nicht eingebunden wird. Auch die AnrainerInnen sind alles andere als glücklich über diese massive Bespielung des öffentlichen Raumes.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Wie verträgt sich die angedachte Partymeile mit den Veranstaltungsrichtlinien der Stadt Graz?

Eustacchio:

Frau Gemeinderätin, konkrete Antwort auf Ihre Frage: hervorragend (*Appl.*).

Braunersreuther:

Das erfordert natürlich Zusatzfragen. Ich habe mir die Veranstaltungsrichtlinien angeschaut und in denen steht klar und deutlich drinnen, dass Veranstaltungen im Freien nicht mehr als 3 Tage hintereinander stattfinden sollen, eben aus dem Grund, um die AnwohnerInnen halt nicht zu überlasten, die dann, auch wenn es tagsüber ist, mit einem Spektakel konfrontiert sind, die dann die Plätze, die ja sonst ein öffentlicher Raum sind, auf dem auch ihre Kinder spielen, oder am Karmeliterplatz ist es ja so, dass sehr viele Leute dort diesen Brunnen auch nutzen, um sich die Füße abzukühlen oder

die Kinder gehen oft ganz hinein. Diese Plätze stehen den Leuten, den AnrainerInnen ja nicht mehr zur Verfügung, das ist öffentlicher Raum, das müssen Sie mir schon einmal deutlicher erklären. Eine zweite Zusatzfrage, wenn man NachtgastronomInnen so unter die Arme greift, wie sieht das dann mit den KulturveranstalterInnen aus, die ja in ähnlichem Ausmaß gelitten haben? Am Lendplatz haben in der Vergangenheit immer sehr viele Konzerte stattgefunden am Wochenende, mit größeren Abständen, die jetzt nicht mehr stattfinden können. Da nehmen ja quasi die einen den anderen etwas weg und vor allen Dingen in einer Zeit, in der halt beide in gleichem Maße gelitten haben, hat das mit diesem Gleichbehandlungsgrundsatz, der ja hier immer wieder so betont wurde, geht das dann meiner Meinung nach nicht mehr so ganz konform, wenn nur die einen zum Zuge kommen und die andern sogar weniger machen können dadurch.

Eustacchio:

Frau Gemeinderätin, ich frage mich schon, ob Sie sich noch erinnern können, worüber letztes Mal hier an diesem Ort abgestimmt worden ist. Wie der Herr Klubobmann Sippel seinen Antrag, seinen dringlichen, gestellt hat und seltsamerweise alle Fraktionen, ich wiederhole mich, alle Fraktionen und auch Sie...

Zwischenruf StRⁱⁿ Mag. Schwentner: Außer den Grünen!

Eustacchio:

Die Grünen möglicherweise nicht, aber die KPÖ ist mitgegangen und jetzt ganz konkret zu Ihrer Fragestellung. Ich vermute, dass Sie hinsichtlich der Terminologie hier etwas falsch verstanden haben und ein wenig falsch abgeboten sind. Das Steiermärkische Veranstaltungsgesetz, welches in der Vollziehung beim Veranstaltungsreferat angesiedelt ist und damit in meine Ressortverantwortung fällt und liegt, ist hier die einschlägige Gesetzesgrundlage, die, wie Sie es nennen, angedachte Partymeile

verträgt sich damit grundsätzlich eben hervorragend. Werden die entsprechenden behördlichen Voraussetzungen und Auflagen, unter anderem auch Maßnahmen zur Lärmvermeidung, Anrainerschutz oder Ähnliches vom Veranstalter ordnungsgemäß beigebracht, ergibt sich hieraus ein Rechtsanspruch auf Genehmigung der Veranstaltung. Ich betone es noch einmal, einen Rechtsanspruch. Die Veranstaltungsrichtlinien, das ist jetzt das, was Sie angesprochen haben, auf die Sie in Ihrer Frage Bezug nehmen, regelt die zivilrechtliche Vergabe öffentlichen Gutes zu Zwecken von Veranstaltungen. Nachdem die zugeordnete Dienststelle hierfür das Straßenamt ist, bin ich dort nicht zuständig, sondern überraschenderweise Ihre Stadträtin und Verantwortliche für das Straßenamt, Elke Kahr. Die Frage sollten Sie also an Ihre Parteichefin stellen, an mich war sie nicht ordnungsgemäß gerichtet und damit ist alles beantwortet. Fragen Sie bitte Ihre Kollegin, sie wird es Ihnen beantworten.

**8.6 Frage 6: Autofreie Innenstadt – wirtschaftliche Auswirkungen
(GR Mag. Sippel, FPÖ an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

Mag. Sippel:

Hoher Gemeinderat, geschätzte Frau Verkehrsstadträtin. „Der Kofferraum ist die größte Einkaufstasche“ (*Appl. und Lachen*).

Das Zitat stammt nicht von mir, leider, muss man dazu sagen, das stammt vom ehemaligen CDU-Bürgermeister von Langenfeld, in Nordrheinwestfalen, Magnus Stähler. Aber ich denke, dieses Zitat trifft auch auf die Grazer Innenstadt zu. Aus freiheitlicher Sicht ist es grob fahrlässig, den Verkehr ohne die Wirtschaft zu denken und es ist auch grob fahrlässig, nur in sanfter Mobilität zu denken. Der Motorisierte Individualverkehr gehört dazu. Deshalb ist dieser Schnellschuss, den Sie hier fabriziert haben mit der autofreien Innenstadt, unausgegoren, so kann man es eigentlich sagen. Ich stelle an Sie die

Frage:

Wie werden Sie das Konzept einer autofreien Innenstadt mit dem dort ansässigen, und wir reden da ja nicht nur von der so genannten Altstadt West, mit dem dort ansässigen Handel in Einklang bringen, ohne dass die bereits jetzt schon unter wirtschaftlichem Druck stehenden Unternehmer weitere existenzbedrohende Umsatzeinbußen erleiden müssen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Wer Wirtschaft ohne den MIV denkt, macht die Rechnung ohne den Wirt. Dies gilt ganz besonders für die Grazer Innenstadt. Man stelle sich den Zustand des Grazer Zentrums ohne die Kastner-Garage vor - die Frequenz an kauflustigen Besuchern wäre bedeutend geringer. Maßnahmen gegen das Auto sind zurzeit politisch mehr als nur opportun, wie uns gerade die aktuelle Diskussion um autofreie Städte zeigt.

„Der Kofferraum ist noch immer die größte Einkaufstasche.“ Dieses Zitat des ehemaligen CDU-Bürgermeisters von Langenfeld (NRW), Magnus Stähler, trifft zumindest auf den stationären Handel zu und wird sich auch nicht so schnell ändern. Auch Graz sollte das im Sinne der vielen Unternehmer beherzigen.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz:

Wie werden Sie das Konzept einer autofreien Innenstadt mit dem dort ansässigen Handel in Einklang bringen, ohne dass die bereits jetzt schon unter wirtschaftlichem

Druck stehenden Unternehmer weitere existenzbedrohende Umsatzeinbußen erleiden müssen?

StRⁱⁿ **Kahr:**

Sehr geehrter Herr Klubobmann, nur kurz eine Anmerkung zur vorigen Anfragebeantwortung. Selbstverständlich werden wir nächste Woche diesbezüglich, was den Karmeliterplatz betrifft, genauso wie es der Herr Vizebürgermeister gesagt hat, einen ablehnenden Antrag im Stadtsenat einbringen. Wir werden dann sehen, wie die Mehrheitsverhältnisse dort dann sind.

Bezüglich Ihrer Anfrage, lieber Herr Klubobmann: Die Diskussion um eine autofreie Innenstadt ist nicht neu und sie wird ja aktuell in vielen Städten geführt. In Graz war die Innenstadt im Übrigen als Fußgängerbereich mit Ladetätigkeit und Bewohner und Taxizufahrt schon 1990 im Verkehrskonzept, das ist nichts Neues: dass die Erweiterungen in den letzten 20 Jahren nur sehr langsam vorangeschritten sind, ist eine andere Sache und bekannt. Wir sind in dieser Periode, finde ich, gar nicht so schlecht. Mit der Schmiedgasse, Landhausgasse, mit der Tummelplatzerweiterung, mit dem Ortweinplatz und der Zinzendorfsgasse-Erweiterung mit der Begegnungszone und auch jetzt mit der Begegnungszone und auch in der Mariahilferstraße und auch in der Stockergasse mit der Fußgängerzone sind wir hier durchaus in dieser Periode nicht so schlecht unterwegs. Aber es ist auf jeden Fall ausbaufähig. Um den Anspruch einer lebenswerten Innenstadt mit Aufenthaltsqualität eben nicht nur für BesucherInnen, sondern auch für die hier arbeitenden Menschen und lebenden Menschen zu verbessern und näher zu kommen, sind hier, und davon bin ich zutiefst überzeugt, weitere Entwicklungsschritte erforderlich. Ich halte es auch für notwendig, diese Diskussion gerade jetzt auch zu führen. Dass nun von vielen Seiten hier sehr rege an der Diskussion teilgenommen wird und auch viele Fraktionen, oder fast alle Fraktionen, auch hier ihre Haltungen dazu in der Öffentlichkeit positionieren, halte ich für sehr gut und ich persönlich wünsche mir das auch so, denn genau so soll es sein.

Ich warne nur davor, es gibt hier in eine Richtung, als auch in eine andere Richtung, eine zu extreme Haltung. Alles was gesagt wird, sofort, das halte ich für übertrieben, weil jede Begegnungszone, jede Fußgängerzone oder jede verkehrsberuhigende Maßnahme braucht natürlich eine sorgfältige Planung, braucht eine Einbeziehung aller Beteiligten und letztendlich die politische Entscheidung und das geht naturgemäß nicht sofort, wenn es eine solide Grundlage bilden soll. Genauso aber ist die andere Position, hier ständig zu warnen, dass jede verkehrsberuhigende Maßnahme eine Existenzbedrohung für den Innenstadthandel ist, das ist genauso übertrieben und überzogen, weil es a nicht so ist und a auch die betroffenen Innenstadtgewerbetreibenden und Bewohner es mehrheitlich gar nicht so sehen. Aber das werden die kommenden Monate zeigen, weil es jetzt selbstverständlich nicht nur konstruktive Vorschläge von allen Seiten geben soll, sondern, freilich, Herr Klubobmann, soll und wird auch die Wirtschaft eingebunden werden in diesen Diskussionen, so wie wir es immer halten. Dabei sollte man aber vor allem von einem Schlagwort, nämlich dem „autofrei“ eigentlich sich nicht zu sehr verbeißen oder irgendwie festklammern, das stammt auch übrigens nicht von mir. Ich wünsche mir eine verkehrsberuhigte Innenstadt, die eben von Begegnungszonen bis hin zu Fußgängerzonen sein kann. Das hat übrigens auch die Chefin der Verkehrsplanung in der ZIB II gestern in Wien so festgestellt, die ja auch gesagt hat, dass wir hier nicht von einer autofreien Innenstadt sprechen sollten, sondern von einer verkehrsberuhigten Innenstadt, denn selbstverständlich ist es notwendig, dass es den Lieferverkehr weiter geben muss. Selbstverständlich ist es auch klar, dass Bewohnerinnen und Bewohner, die ein Auto haben, zufahren müssen können und auch einen Abstellplatz vorfinden werden müssen und in diesem Zusammenhang ist natürlich auch mitanzudenken an Anwohnergaragen, die ja nicht ausschließlich in meinem Ressort sind. Wir haben hier einige Überlegungen. Es gilt aber, hier immer ressort- und auch parteiübergreifend zu denken, weil es auch um die Gestaltung des Straßenraumes und auch des Grünraumes geht und das alles auch ja nicht in meiner Abteilung allein ist. Nichtsdestotrotz, dieses Zusammenwirken funktioniert ja. Das hat man zuletzt vor allem eben rund um den Lendplatz gesehen, wo ein guter Mix aus Fußgängerzone und Begegnungszone

zustande gekommen ist und auch die Stadtplanung ein sehr schönes, so finde ich, Möblierungskonzept jetzt fertiggestellt hat und ich mich gemeinsam mit vielen anderen und die Bezirke auf die Umsetzung freue. Gegenüber den Medien habe ich ganz klar gesagt, dass ich die Verkehrsberuhigung in der Innenstadt vor allem auch als Chance sehe im Zusammenhang mit der Innenstadtentflechtung. Dort ausgehend aber von einer absoluten Bevorrangung und behinderungsfreien Führung der Straßenbahn und dem dringenden Bedarf natürlich einer Radentlastungsstrecke für unsere Schmiedgasse. Das alles, wie schon gesagt, muss fachlich gut vorbereitet werden und zwar vor Baubeginn und deshalb möchten wir ein Verkehrsmodell beauftragen gemeinsam mit anderen Abteilungen der Stadt Graz. Das kostet natürlich, das werden Kosten um ca. 150.000 Euro sein. Das brauchen wir, um das auch starten zu können und diese Mittel haben wir aber noch nicht. Dazu brauchen wir natürlich auch unseren Herrn Finanzstadtrat. Ich denke aber, dass, wenn wir das bekommen würden, das hier eine riesengroße Chance ist, nicht nur den westlichen Teil der Innenstadt mit zu planen, sondern auch den östlichen Teil und letztendlich entscheiden immer die Politiker am Ende, aber zuvor muss es einen Prozess mit Bezirk, Innerer Stadt und natürlich den BewohnerInnen und der Wirtschaft geben (*Appl.*)

Bgm. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren, da die Fragestunde nur 60 Minuten hat und wir bei jeder Frage sowohl vom Fragesteller als auch vom Antwortenden kräftig überziehen, kommen einfach viele Kolleginnen und Kollegen einfach nicht mehr dran. Deswegen die große Bitte an alle, sich möglichst auch kurz zu fassen. Gibt es eine Zusatzfrage?

Sippel:

In aller Kürze. Danke für die ausführliche Antwort, da sind wir dann doch einigermaßen auseinander, aber das soll auch in Ordnung sein. Wenn Sie sagen, autofreie Stadt ist

der falsche Begriff, dann sagen wir halt autofeindlich dazu, das ist auch in Ordnung. Graz schmückt sich ja mit bekanntlich vielen Titel, das ist alles schön und gut, letztlich sind das aber alles Titel ohne Mittel. Die Stadt Graz hat einen Titel, der sehr wohl Mittel mit sich bringt und das ist Graz, die Automobilhauptstadt. Ich habe mir heute auch ein entsprechendes Leiberl anfertigen lassen (*GR. Sippel trägt ein T-Shirt mit der Aufschrift: „Graz Automobilhauptstadt“*). Damit man das auch erkennen kann, „Graz Automobilhauptstadt“, aber warum sind wir Automobilhauptstadt? Wir haben den Automobil-Cluster Styria, wir haben 300 Unternehmen, die angeschlossen sind, wir haben 70.000 Beschäftigte in diesem Bereich. Wir haben 17 Mrd. Euro Wertschöpfung und ich kann auch Sie,

Zwischenruf unverständlich.

Sippel:

Kommt gleich, einen Satz werde ich nach dieser langen Antwort wohl noch übrig haben. Ich kann auch Sie nicht aus der Verantwortung nehmen als Verkehrsstadträtin, wenn es darum geht, diesen Automobilitätscluster nicht im Stich zu lassen, denn es ist hier jetzt in dieser schwierigen Situation ein Schulterschluss erforderlich. Die Branche steht vor großen Herausforderungen und da braucht es wirklich Zusammenarbeit und da ist eine solche Politik auch kontraproduktiv und deshalb meine Zusatzfrage an Sie: Meinen Sie nicht, dass autofeindliche Politik, die das Auto verteufelt und aus unserer Stadt sukzessive aussperrt einen für die Automobilhauptstadt Graz veritablen Knieschuss darstellt?

Kahr:

Um jetzt die Zeit nicht mehr zu überziehen, halte ich mich jetzt ganz knapp. Offenbar ist es nicht immer einfach zuzuhören. Ich habe weder irgendwo gesagt, dass wir ein

Auto aussperren oder sonst etwas. Aber ich bin doch auch schon recht lange auf der Welt und ich bin sehr stolz, dass unsere Stadt Graz eben mit den Puch-Werken einen Ruf in der ganzen Welt gehabt hat, nämlich auch vor allem eine Zweiradhauptstadt, und darauf können wir stolz sein. Leider gibt es das Zweiradwerk nicht mehr. Das war ein schwerer politischer Fehler, das möchte ich hier auch aufzeigen, die KPÖ war damals dagegen, dass das verkauft wird, weil da wären wir heute sehr gut bedient, wenn es das Puch-Werk und die Zweiradproduktion noch gäbe. Aber ich wünsche mir auf keinen Fall, dass die Autos, die dort produziert werden, mengenmäßig bei uns fahren, weil das sind riesige SUVs, das ist eine Katastrophe, aber das ist ein ganz anders Kapitel, auf jeden Fall werden wir einen Weg finden, um eine verkehrsberuhigte Innenstadt gemeinsam in unserer Stadt Graz mit allen Beteiligten zu finden.

Bgm. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren, wir sollten uns wahrscheinlich eher auf einen neuen Titel konzentrieren, nämlich der Mobilitätsinitiativen und da glaube ich, kann Graz auf zwei, auf vier und auf mehreren Rädern gut mithalten. Jetzt darf ich den Vorsitz wieder übergeben, weil die nächste Frage an mich gestellt wird.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.40 Uhr).

**8.7 Frage 7: Schulwegsicherung am Jakominiplatz – in den Bereichen Gleisdorfer-Gasse und Reitschulgasse
(GRⁱⁿ Wutte, Grüne an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

Wutte:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die über den Livestream dabei sind. Meine Frage bezieht sich auf unser 10 Punkte-Programm gegen Rassismus und damit auf Maßnahmen, die die Stadt setzen könnte, um jeglicher Form von Diskriminierung und Rassismus ganz entschieden entgegenzuwirken. Ich denke, die letzten Wochen haben über die „Black Lives Matter“-Bewegung ganz eindeutig gezeigt, dass ein dringender Handlungsbedarf in dem Bereich besteht. Die Bewegung hat über die letzten Wochen einfach unglaubliche Kraft gewonnen. Am 6. Juni sind in Graz bitte 10.000 Menschen auf die Straße gegangen, um ein starkes Zeichen gegen Diskriminierung und Rassismus zu setzen. Das ist für eine Stadt dieser Größe doch wirklich eine doch ganz erstaunliche Anzahl von Menschen und hat mich sehr gefreut.

ExpertInnen sagen, dass insbesondere subtile, schwer nachweisbare Formen von Alltags-Diskriminierung stark zunehmen. Was bedeutet das? Wenn z.B. jemand eine Wohnung besichtigt, eine Person mit Migrationshintergrund, wird der Person dann oft gesagt, nein, die Wohnung ist leider schon vergeben und die nächste Person, die dann die Wohnung ansieht, bekommt dann den Zuschlag für die Wohnung. Ein ganz klarer Fall von Diskriminierung. Es werden dann aber Gründe vorgeschoben und deswegen ist es sehr schwierig nachweisbar.

Gerade, weil Wohnen ein ganz existenzielles Bedürfnis und ein Grundrecht ist, müssen wir uns hier als Stadt die Frage stellen, was wir tun können, um dieser Diskriminierung entgegenzuwirken.

Das 10-Punkte-Programm, das ich schon angesprochen habe, hat ursprünglich auch eine Maßnahme, die genau auf diesen Bereich, auf den Bereich der diskriminierungsfreien Wohnungsvergabe abzielt, eine Maßnahme enthalten, die dann leider herausgefallen ist in den Überarbeitungen der schwarz-blauen Koalition.

Der Vorschlag war nämlich ein Diversitätsbarometer für den Wohnungsmarkt zu machen. Das bedeutet, dass man mit verschiedenen AkteurInnen des Wohnungsmarktes und der Antidiskriminierungsstelle ein Diversitätsbarometer erarbeitet, in dem man aufzeigt, welche Gruppen sozusagen wie gesehen werden bei der Wohnungssuche und auf dem aufbauend könnte man ganz zielgerichtet Maßnahmen entwickeln, um diese Gruppen zu unterstützen in ihrem Grundrecht auf Wohnen.

Eine weitere wichtige Maßnahme, die ich nennen möchte, wäre eine ganz starke Bewerbung von der Stadt der „Ban-Hate“-App der Antidiskriminierungsstelle. Diese App wird wahnsinnig gut angenommen und wenn man die über die Infoscreens bewerben würde, würde noch viel mehr Zulauf zu dieser App kommen, und Menschen können dann eben auch Diskriminierungserfahrungen anonym direkt bei der Antidiskriminierungsstelle melden.

Deswegen richte ich folgende

Frage

an Sie:

Welche Maßnahmen gegen Diskriminierung und Rassismus bei der Wohnungssuche werden Sie bis wann in das 10-Punkte-Programm gegen Rassismus aufnehmen und damit die Grundlage für ein konsequentes städtisches Handeln legen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine Frage bezieht sich auf das 10-Punkte-Programm gegen Rassismus und damit auf Maßnahmen, die die Stadt setzen könnte, um jeglicher Form von Diskriminierung und Rassismus entschieden entgegenzuwirken. Die „Black Lives Matter“-Bewegung hat in

den letzten Wochen ungeheure Kraft gewonnen. Dass Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe ein globales Problem ist, zeigen nicht zuletzt die großen Demonstrationen weltweit. In Graz gingen am 6. Juni 10.000 Menschen auf die Straße, um ein starkes Zeichen gegen Diskriminierung und Rassismus zu setzen.

ExpertInnen haben aufgezeigt, dass insbesondere subtile, schwer nachweisbare Formen von Diskriminierung stark zunehmen. Ein Bereich, auf den dies zutrifft und der für die existenzielle Absicherung eine sehr große Bedeutung hat, ist der Wohnungsbereich. So wird einer Migrantin bei der Besichtigung beispielsweise gesagt, die Wohnung sei bereits vergeben, während die nächste Person ohne Migrationshintergrund den Zuschlag bekommt. Gerade, weil Wohnen ein Grundrecht ist, muss sich die Stadt hier besonders die Frage stellen, mit welchen Maßnahmen sie der Diskriminierung beikommen kann.

Ursprünglich enthielt das 10-Punkte-Programm gegen Rassismus auch eine Maßnahme in diesem Bereich, nämlich ein Diversitätsbarometer für den Wohnungsmarkt. Dieses wurde jedoch nach Überarbeitung der Koalition aus dem Programm herausgenommen. Das ist bedauerlich, würde ein solches Barometer, das mit verschiedenen AkteurInnen des Wohnungsmarktes und der Antidiskriminierungsstelle erarbeitet werden sollte, eine Datengrundlage dafür liefern, wie die Haltung gegenüber verschiedenen Gruppen von Wohnungssuchenden ist. Darauf aufsetzend würden sich entsprechende zielgenaue Maßnahmen gegen Diskriminierung entwickeln lassen.

Eine weitere wichtige Maßnahme gegen Diskriminierung wäre eine umfassende Bewerbung der „Ban-Hate“-App der Antidiskriminierungsstelle, die eine niederschwellige Möglichkeit bietet, Diskriminierungserfahrungen auch anonym zu melden und Beratung zu bekommen. Die Stadt könnte die „Ban-Hate“-App beispielsweise regelmäßig über die Infoscreens in den Öffis bewerben, um noch mehr Menschen auf dieses Angebot aufmerksam zu machen.

Deswegen richte ich folgende

Frage

an Sie:

Welche Maßnahmen gegen Diskriminierung und Rassismus bei der Wohnungssuche werden Sie bis wann in das 10-Punkte-Programm gegen Rassismus aufnehmen und damit die Grundlage für ein konsequentes städtisches Handeln legen?

Bgm. Mag. Nagl:

Frau Gemeinderätin, vielen Dank. Ich kann mir vorstellen, dass es für eine junge Grüne Gemeinderätin ganz, ganz schwierig ist, wenn eine Stadt wie Graz mit einer ÖVP-FPÖ-Koalition in der Regierung unterwegs ist, dass es dann ganz, ganz schwer fällt, zu sehen, dass in puncto Menschenrechtsstadt, in puncto Antidiskriminierung etc. wahnsinnig viel weiter geht und man versucht dann, an möglichst vielen Punkten sich dann selber wieder ins Licht zu rücken. Wenn Sie davon ausgehen, Frau Gemeinderätin, dass dieses 10-Punkte-Programm eine quasi Schlechterstellung ist, weil wir es überarbeitet haben, dann irren Sie ganz, ganz deutlich. Im Punkt 7.1, und jetzt möchte ich daraus zitieren, steht nach Überarbeitung der Koalition drinnen: „Benachteiligungsfreie / diskriminierungsfreie Kriterien bei der städtischen Wohnungsvergabe. „Entwurf: „Die Zuweisung von Gemeindewohnungen erfolgt nach sachlichen Kriterien, die sowohl eine direkte als auch eine indirekte Diskriminierung aufgrund der Herkunft ausschließen.“ Den Beschlusstext, also das, was wir überarbeitet haben, ist viel konkreter, ist viel genauer, ist viel besser. Da steht nämlich drinnen: „Die Zuweisung von Gemeindewohnungen erfolgt ausschließlich nach sachlichen Kriterien und hat ohne Benachteiligung zu erfolgen, die insbesondere im Geschlecht, in der Rasse, Hautfarbe, Sprache, Religion, in den politischen und sonstigen Anschauungen gelegen ist.“ Mit dem Wort „ausschließlich“ einerseits und der inhaltlichen Konkretisierung andererseits haben wir die Menschenrechtsstandards

nicht, wie unterstellt, zurückgenommen, sondern verbessert und das ist mir ein wichtiges Anliegen, das heute noch einmal zu wiederholen, weil man ja auch damals bei der Beschlussfassung dabei war, das schon wieder in ein schlechteres Licht zu rücken. Zur Kritik am Wegfall des Diversitätsbarometers im Beschlusstext gegenüber dem Entwurf ist festzuhalten, dass die Stadt Graz einerseits in ihrem Bereich durch die eben angesprochene Selbstverpflichtung ohnehin keine Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe zulässt und ich bin im Übrigen auch froh, dass unter dem Herrn Vizebürgermeister im Wohnungsbereich der tägliche Kniefall von Wohnungssuchenden in einem parteipolitischen Art und Weise im Rathaus nicht mehr notwendig ist, sondern unsere MitarbeiterInnen und Mitarbeiter im Wohnungsamt ausschließlich nach den neuen Regelungen vorgehen und jeder zu einer Wohnung kommt. Andererseits Einrichtungen haben wir noch, wie die Antidiskriminierungsstelle des Landes, das habe ich heute auch schon einmal gesagt, hat ja auch der Kollegin der SPÖ quasi weh getan, dass wir hier gut unterwegs sind. Hier ohnehin jederzeit angerufen werden kann. Auch hier ist, wie in der Fragestellung richtig angeregt, die Ban-Hate-App ein sehr sinnvolles Tool, da sind wir, so glaube ich, einer Meinung. Da kann man rasch auf etwaige Diskriminierungen reagieren. Ich finde es auch gut, dass Sie vorschlagen, können wir immer wieder auch publik machen und auch einmal wieder bewerben. Werde ich auch tun, nehme ich heute gerne mit. Eine abschließende Anmerkung zum Hinweis auf die Black Lives Matter-Bewegung. Den vielen Menschen, die in Graz teilgenommen haben, in der Fragestellung, deren Anliegen selbstverständlich zu begrüßen sind, nur eines möchte ich dazu sagen: Es ist eine weltweite Solidarität, Gott sei Dank, spürbar gewesen, auch in unserer Stadt und es wird auch so bleiben, und in unserem Land, aber einen Rückschluss auf unsere Wohnungspolitik hier in Graz von den Zuständen in Amerika möchte ich nicht nur nicht zulassen, sondern möchte ich wirklich massiv zurückweisen, weil wir ja ganz, ganz andere Standards haben und Gott sei Dank diese auch anders leben (*Appl.*).

Wutte:

Es gibt eine Zusatzfrage. Ich bin einigermaßen überrascht gewesen von dieser Antwort und muss in der Einleitung der Zusatzfrage auch ein paar Dinge richtigstellen. Um etwas Positives vorauszuschicken, vielen Dank, dass Sie die Anregung mit der Ban-Hate-App aufnehmen wollen.

Was mich jetzt schon einigermaßen irritiert, ist Ihre Einleitung. Ich würde es super finden, wenn unter einer schwarz-blauen Koalition in Graz etwas weitergehen würde in puncto Menschenrechte. Es ist halt de facto nicht der Fall. Das 10-Punkte-Programm gegen Rassismus ist jahrelang fertig ausgearbeitet in der Schublade gelegen und ist verabschiedet worden auf unseren Druck hin. Wenn ich Sie nicht danach gefragt hätte und medial Druck gemacht hätte, wäre das bis heute nicht einmal beschlossen, das 10-Punkte Programm. Das muss ich schon einmal an dieser Stelle festhalten.

Noch etwas, wir haben jetzt lange und breit über die Gemeindewohnungsvergabe geredet, aber das Diversitätsbarometer ist eine völlig andere Maßnahme. Es geht nämlich darum, Diskriminierung am privaten Wohnungsmarkt aufzuzeigen. Das ist für ganz viele Menschen ein massives Problem, die eben auf den privaten Wohnungsmarkt angewiesen sind und warum sind sie auf den privaten Wohnungsmarkt angewiesen? Weil unter dem zuständigen Vizebürgermeister Mario Eustacchio die Gemeindewohnungsrichtlinien auch so verändert wurden, dass ganz viele Menschen, die es brauchen würden, eben keinen Zugang mehr zu Gemeindewohnungen haben und da von einer diskriminierungsfreien Vergabe von Gemeindewohnungen zu reden, ist doch wirklich skurril und völlig entgegen der Wirklichkeit und der Tatsachen.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. **Eustacchio** (betätigt die Ordnungsglocke): Ich bitte um die Frage!*

Wutte:

Ja, meine Zusatzfrage ist jedenfalls, ob Sie angesichts meiner Argumentation, dass es nämlich um die Wohnungsvergabe am privaten Wohnungsmarkt geht und um die Diskriminierung, die dort passiert tagtäglich, wenn Menschen eine Wohnung besichtigen, ob Sie bereit sind, das Diversitätsbarometer als ganz wichtige Maßnahme in Ihrem Bereich einzusetzen und in Erwägung zu ziehen?

Bgm. Nagl:

Frau Gemeinderätin, nachdem ich jetzt schon in der vierten Periode auch die Verantwortung für die Menschenrechtstadt leben darf, kann ich Ihnen nur sagen, viele Institutionen, viele Regelungen, all das, worüber wir uns heute unterhalten, auch darüber, ob es einen Menschenrechtsbeirat in der Form gibt, wie wir ihn leben, wie dort Dinge entstehen, wurde auch von mir immer mitgetragen und dafür braucht es, wenn ich so sagen darf, die Grüne Fraktion gar nicht. Da werden Dinge von Haus aus vorbereitet und gut vorbereitet. Wenn es um eine Punktevergabe auf Gemeindewohnungsebene geht, würde ich Ihnen auch dringend empfehlen, die Regelungen im rot-grünen Wien sich anzusehen. Dort gibt es nämlich noch ein Punktevergabesystem, das in Wahrheit auch die Bevölkerung Wiens, wenn sie eine Gemeindewohnung braucht, bevorzugt. Wir leben, wenn ich so sagen darf, mit ganz klaren Spielregeln und haben eben gesagt, dass man längere Zeit in Graz leben muss, um zu einer Wohnung zu kommen. Ich kann Ihnen sagen, das hat positivste Auswirkungen, ich bekomme vor allem jetzt auch von vielen jungen Grazerinnen und Grazern ein positives Echo. Dafür bin ich dankbar, dass junge Menschen in Graz, die hier aufgewachsen sind und hier leben, denen es nicht so gut geht, endlich auch in den Genuss einer Wohnung kommen können (*Appl.*).

Jetzt komme ich noch einmal weg von den Gemeindewohnungen zu Ihrem Barometer und zu dem quasi Wunsch, dass im privaten Bereich ein solches Barometer vonnöten ist. Es ist nicht vonnöten, weil wir ein Instrument schon wieder dort geschaffen haben, das ich auch stärker bewerben werde und weil es aus meiner Sicht auch ganz, ganz

wichtig ist, in dieser Frage der Wohnungsvergaben, im privaten Bereich darauf hinzuweisen, dass, wenn es zu einer Benachteiligung, wirklichen Benachteiligung kommt, jeder die Möglichkeit hat, über die von uns geschaffene Antidiskriminierungsstelle sofort anzuzeigen und ich denke mir, etwas Besseres gibt es nicht. Ich brauche kein Barometer, quasi noch einen Fiebermesser dazu, das können wir aufgrund der Fälle, die die Antidiskriminierungsstelle ja aufzeigt, wo es auch jährlich den Bericht gibt, etc., spielend nachweisen, ob sich die Situation verbessert oder verschlechtert.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.45 Uhr).

Nagl:

Wir haben damit auch die Stunde schon überschritten. Frau Mag. Susanne Bauer meldet sich zur Geschäftsordnung.

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer** zur Geschäftsordnung:

Dankeschön. Ich möchte mich zur Geschäftsordnung melden, Herr Bürgermeister. Geschätzte Kollegen im Gemeinderat, werte Stadtregierung, und zwar aus folgendem Grund: Die Fragestunde hat eine Stunde, das wissen wir, und eine Stunde hat 60 Minuten. Das Besondere ist nur, seit wir hier in der Messe die Gemeinderatssitzungen abhalten, kommen sieben Fragestellerinnen und Fragesteller dran. Ich bin das zweite Mal jetzt die Nr. 8 und kann zum zweiten Mal die Frage nicht stellen und im Gemeinderatssaal haben wir 14 bis 16 Fragen stellen können. Das heißt, die Frequenz, Fragen zu stellen, ist massiv nach unten gegangen. Das würde sich lösen lassen und ich bitte hier, mit den Klubobleuten darüber zu reden, wie man eine höhere Taktung hier wieder zustande bringt. Das eine ist sicher, dass man die Sprecherinnen und Sprecher schon auffordern kann, hier nach vorne zu kommen, damit die Gehzeit, die hier im Saal

relativ lange ist, vermindert wird und natürlich auch die Bitte an die Kolleginnen und Kollegen, dass wir selber mit den Nachfragen uns da auch kurz halten und wirklich nicht Co-Referate halten, sondern wirklich knapp auf den Punkt kommen. Dann hilft es uns allen und wir können mehr Themen behandeln und tiefer in die Sache gehen.

Danke.

Nagl:

Ja, vielleicht eine Antwort auf die Geschäftsordnungsfrage. Selbstverständlich kann ich es noch strenger handhaben, aber ich möchte auch darauf hinweisen, dass es auch am Rednerpult vorne einen kleinen Bildschirm gibt und auf diesem Bildschirm sieht man relativ schnell an der Redezeit, ob man in einen roten Bereich kommt oder in einem grünen Bereich ist, das heißt, es kann auch jeder selbst gerne das mitverfolgen. Noch einmal zur Geschäftsordnung hat sich Gemeinderat Dreisiebner gemeldet.

GR. Dreisiebner:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren am Livestream, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Ich bin ja nicht Feind oder Gegner von einer witzigen, von einer spritzigen Sitzungsleitung und von dementsprechenden Worten in den Wortmeldungen, aber ich verstehe es nicht, dass wir hier schon das eine oder andere Mal über die Menschenrechtsarbeit dieser Stadt, über die Menschenrechtspolitik dieser Stadt gesprochen haben, über Gleichstellung und Fairness und wenn Sie dann, Herr Bürgermeister, ganz flockig und locker sagen, junge Grüne Gemeinderätin, würde das wahrscheinlich einen Ordnungsruf bedingen. *(Unruhe in den Reihen des Gemeinderates)*. Ihre Worte waren, dass es für eine junge Grüne Gemeinderätin schwierig ist. Nur um das noch einmal in Erinnerung zu rufen, und wenn man schon über fairen Umgang, egal wie alt wir sind, wo wir herkommen, welches Geschlecht usw., wen wir lieben und wie wir das tun, wenn wir über das alles sprechen, dann würde ich Sie wirklich bitten, trotz aller Versuche, eine spritzige

Sitzungsleitung zu machen, spritzige Wortmeldungen zuzulassen, das so bitte nicht mehr zu machen. Dankeschön.

Nagl:

Herr Gemeinderat, den erhobenen Zeigefinger habe ich wie immer auch vom Klubobmann der Grünen jetzt bekommen, aber so wie ich aufgewachsen bin, war jung oder jung geblieben immer ein Kompliment, so habe ich es auch gemeint. Heute haben wir viele Geschäftsordnungswünsche. Bitte, Frau Kollegin Kahr.

StRⁱⁿ Kahr:

Das kommt daher, wenn man eben, wie mein Vorredner gerade angesprochen hat, so salopp in Äußerungen ist und deshalb möchte ich auch anmerken fürs Protokoll, dass es in der letzten und auch in der vorletzten und vorvorletzten Periode niemals einen parteipolitischen Kniefall geben hat müssen im Rathaus für Wohnungssuchende.

Bgm. Nagl:

Ich würde einmal sagen, in allen Darstellungen war klar, man muss ins Rathaus kommen, um für eine Wohnung als Bittsteller aufzutreten. Das wurde geändert.